



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Schacknat

Telefon: (0221) 221 25001

Fax : (0221) 221 22026

E-Mail: Melina.Schacknat@STADT-KOELN.DE

Datum: 27.01.2021

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales vom 25.01.2021**

öffentlich

**8.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kölner Ordnungsdienst darf nicht an den Stadtrand verlagert werden – Die Zentrale muss auch zentral liegen/Mittelfristig Standorte in allen Stadtbezirken schaffen"
AN/1157/2020**

MdR Dr. Krupp führt aus, er halte es für einen großen Fehler, die Zentrale des Ordnungsdienstes in den Westen der Stadt zu verlagern. Eine Zentrale solle auch zentral liegen. Darüber hinaus sei die SPD-Fraktion der Auffassung, es solle auch in den einzelnen Stadtbezirken weiterhin zentrale Anlaufstellen für den Kommunalen Ordnungsdienst geben. Im Sinne von Stadtbezirkswachen, die selbstredend nicht in der Form einer Zentrale ausgestattet sein müssten. Die Zentrale des Kommunalen Ordnungsdienstes hingegen sollte nicht am äußersten Rand von Köln liegen, sondern in der Mitte. So würde auch eine schnelle Einsatzbereitschaft sichergestellt. Er sei der Auffassung, dies käme auch den dortigen Beschäftigten zu Gute. Es sei von Seiten der Politik erforderlich, zu verdeutlichen, dass dieser Punkt erneut überdacht werden müsse.

MdR Richter spricht sich gegen den Antrag aus. Die Sachlage sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu komplex und undurchsichtig, um beurteilen zu können, ob die Verlagerung ein Fehler sei. Bislang sei lediglich die Presseberichterstattung die Basis der Informationen. Im Ausschuss sei bislang noch keine Mitteilung zu der Thematik vorgelegt worden. Es gebe sicherlich einige Punkte für ein Für und Wider. Diese sollten im Ausschuss dargelegt werden, bevor eine Meinungsbildung erfolge. Es sei bekannt, dass im Jahr 2019 Neueinstellungen für den Ordnungsdienst aus Mangel an Räumlichkeiten durch die Personalvertretung abgelehnt worden seien. Dem sei zu entnehmen, dass ein Bedarf an Räumlichkeiten bestehe. Aus welchem Grund die Verlagerung in den Westen der Stadt erfolgen soll, sei jedoch unklar. Insofern schla-

ge die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, den vorliegenden Antrag abzulehnen. Stattdessen werde die Verwaltung gebeten, in einer Mitteilung die Gründe für die Wahl dieser Immobilie darzulegen. Darüber hinaus solle das Zusammenspiel zwischen zentralen und dezentralen Einsatzgebieten vor dem Hintergrund des neuen Standortes erläutert werden. Dies sei der richtige Weg, in diesen Sachverhalt Klarheit zu bringen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der SPD-Fraktion abgelehnt.